

**Redebeitrag Prof. Lothar Bisky 2. Tagung 7. Landesparteitag
20. 9. / 21. 9. 2003 in Lobenstein**

Liebe Genossinnen und Genossen,
ich freue mich, dass es hier um Sozialpolitik geht. In einer Zeit, in einer sehr kritischen Zeit für die PDS höre ich sehr viel über die Schwächen und wir könnten Stunden darüber reden. Wir haben ganz gewaltige Schwächen. Und vor allen decken wir sie so schonungslos auf. Wo liegen denn unsere Stärken? Das ist eine Frage, die mich umtreibt und ich glaube in der Kommunalpolitik haben wir eine ganz entscheidende Stärken, und die müssen wir nicht leichtfertig preisgeben. In der Kommunalpolitik müssen wir deutlicher werden, müssen wir wieder stärker werden. Ich wünsche mir auch wieder einen Parteitag zur Kommunalpolitik – und nur zur Kommunalpolitik.

Genossinnen und Genossen,
ich habe eine Sozial- und Kommunalpolitiktour begonnen im Juli. Und sehr viel auf dem Gebiet erfahren. Das wird auch alles ausgewertet. Heute, deshalb konnte ich erst später kommen, findet in Potsdam eine Konferenz unserer Fraktion mit dem langen unaussprechlichen Namen vom Europäischen Parlament statt, also die Linksozialisten im Europäischen Parlament über die Auswirkung der EU-Liberalisierungspolitik, auch der öffentlichen Daseinsvorsorge und vor allem in den Kommunen. Das wird vom Kommunalpolitischen Forum in Brandenburg veranstaltet und das ist ein wichtiges Thema. Und wir werden unsere Kommunalpolitiktour enden tief im Westen in Offenbach, um dort mit unseren Freunden aus den alten Bundesländern über ihre Erfahrungen zu reden. Sicher, wir sind im Westen nicht soweit gekommen wie wir wollten. Aber, wir haben dort 100 Kommunalpolitiker und das sollten wir aufbauen. Lieber 200 Kommunalpolitiker mehr, als zu klagen, dass wir noch nicht mehr Mitgliedschaft im Westen haben.

Ich bin fest davon überzeugt, dass auch für Thüringen Kommunalpolitik wichtig ist und liebe Genossinnen ganz selbstlos komme ich ja nicht hier her, die Bundespartei braucht eine starke Landespolitik auch in Thüringen. Wir brauchen euch, damit im Osten die Probleme wieder auf den Tisch gebracht werden können und damit im nächsten Jahr 2004 in Sachsen, in Thüringen und in Brandenburg die PDS ein anständiges Ergebnis zu den Wahlen einführt und wir wieder einige Vorschläge, eine alternative Politik im Osten mit anbieten können. Denn der Osten ist abgeschrieben. Stolpe hat jetzt gesagt, dass war ja wohl so eine Resignation, dass das noch bis 2017 dauert. Und da Stolpe, ich kenne ihn ja so etwas aus jahrelanger Nähe, da er nie etwas schwarz sagt, rechnet er wahrscheinlich noch mit viel längeren Zeiträumen. Und das heißt für mich, die Bundesregierung rechnet gar nicht mehr damit, dass hier eine Veränderung stattfindet. Und da müssen wir sagen, ja die Stimme des Ostens fehlt. Wir müssen wieder in den Deutschen Bundestag, sonst wird der Osten weiter abgeschrieben und schon das sollte uns motivieren, liebe Genossinnen und Genossen.

Und schon deshalb lohnt es, dass wir uns engagieren in den Kommunalwahlen und Landtagswahlen im nächsten Jahr wieder eine starke Kraft zu werden und in das Europäische Parlament einzuziehen. Nun sagen ja viele, es gibt gute Zeichen, dass wir nach dem außerordentlichen Parteitag wieder mehr in den Medien sind. Liebe Genossinnen und Genossen, nur wenn wir alle und ich betone wir alle, anhaltend angestrengt arbeiten, können wir Erfolge sicherstellen. Ich möchte nicht, dass wir uns zu sehr berauschen an ersten kleineren Erfolgen, die wir haben. Wir müssen einen nüchternen Blick auf uns selber bewahren. Das ist wichtig, damit wir uns keine Illusionen machen. Wir haben eine Chance, das ist sichtbar geworden. Und das ist auch gut so. Aber die Chance müssen wir nutzen und das wird noch länger dauern.

Ich will eine Vorbemerkung machen, wo die PDS jetzt deutlich wird, wo wir deutlicher werden müssen auch im Zusammenhang mit der programmatischen Debatte. Das geht insgesamt auf die

Agenda 2010. Es ist ja inzwischen charakteristisch, dass wir die einzige Partei sind, die im Deutschen Bundestag vertreten ist mit 2 Abgeordneten, zwei wichtigen. Dass wir die einzigen sind, die nicht darauf setzen, immer mehr Sozialabbau bei den kleinen Leuten sondern dass wir sagen, Alternativen zur Agenda 2010 sind machbar. Und jetzt gibt es eine Studie des Allensbacher demoskopischen Instituts. Da wird den Bürgerinnen und Bürgern Reformwillen attestiert und da werden wir schon skeptisch. Und das wird schon fast so interpretiert als wäre die rot-grüne Regierungspolitik alternativlos. Es gibt eine ganz flinke mediale Auswertung der Studie. Der Tenor ist nur 5 % halten nach der Allensbacher Studie mit dem Titel „Das aktuelle Reformklima“ die Agenda 2010 für ausreichend. Das klingt zwar als wollten die noch mehr gekürzt werden. Zugleich sagen 57 % wenn sie nicht ausreichend sei, um die Probleme des Landes zu lösen. Immerhin! Das könnte eigentlich vieles bedeuten. Auch, dass die Agenda 2010, so sehe ich das, in die völlig falsche Richtung geht. Aber die Deutungen der Studie werden ja gleich mitgeliefert. Und es wird auch ganz deutlich gesagt, dass die letzten Zweifel an den Gewerkschaften und möglicherweise wir, da endlich zur Einkehr kommen sollten, weil vermeintlich alle nur diesen Weg für realistisch halten. In dieser wichtigen Wochenzeitung wird kommentiert diese Woche - derweil sich der Sinn für die Realitäten schärft, bleibt deren Akzeptanz begrenzt. Ein hübsches Abbild dieser Schere liefert das Thema „Lebensarbeitszeit – eine solide Mehrheit von 62 % - hält die Verlängerung für unumgänglich doch nur 1/5 für zumutbar. Immerhin!

Das Potenzial der Unzufriedenheit kann doch nicht bedeuten, dass wir uns zuerst über Floridarolf und Schwarzarbeit erregen. Wir sollten uns über anderes erregen, wenn nämlich 1, 4 Milliarden Subventionen für den Aufbau des Werkes in Dresden von infinition nämlich zur Verfügung gestellt werden und darüber empört sich dann, wenn die entsprechende Kapitalfluchtandrohung stattfindet, nur noch eine Sendung – und das ist eine Monitorsendung – meistens wird das gar nicht mehr zur Kenntnis genommen. Die Bildzeitung recherchiert offenbar lieber in Florida am Strand als in Dresden auf dem Arbeitsamt. Unser Platz aber muss in Dresden auf dem Arbeitsamt sein und in Erfurt auf dem Arbeitsamt und auch hier in Lobenstein. Und das ist die andere Perspektive, liebe Genossinnen und Genossen.

Ich denke schon, es war eine programmatisch kluge Entscheidung, unsere Vorschläge als Reformalternativen auszuweisen. Gerade deren Überarbeitung hat durch viele, viele Anregungen den jetzt vorliegenden Leitantrag vom Chemnitzer Parteitag geprägt.

Wir stehen in der Kommune wie in den Ländern genauso wie in der gesamten Republik für einen Richtungswechsel in der Politik, für einen Richtungswechsel, der mit der Umverteilung von unten nach oben Schluss macht. Wir brauchen keine Politik, die vor lauter Kniefällen vor den großen Unternehmerverbänden Steuergerechtigkeit aus dem Sprachschatz gestrichen hat. Das ist ja der Fall. Wenn in den Gerechtigkeitsvorstellungen von Schröder bis Merkel Ausgrenzungen akzeptiert werden, wenn sie in unserem eigenen Land Armutsbioographien verfestigen und häufiger wieder vererben, dann werden Begriffe wie Gerechtigkeit zu einer programmatischen Hülle für eine asoziale Politik. Ich sage bewusst asoziale Politik. Auch ausgehend von der Programmdebatte der PDS haben wir in der Öffentlichkeit deutliche Fragen zu stellen. Und ich will mich jetzt auf diese Debatte konzentrieren.

Wie muss der Sozialstaat reformiert werden? Das ist eine Frage, die auch vor uns steht.

Wie erhalten wir seine solidarischen Ansätze und wie bauen wir sie so aus, damit nicht die kleinen Leute und die nächsten Generationen die Zeche für ein verantwortungsloses Programm großer Unternehmen und für eine Privatisierungspolitik öffentlicher Vorsorge bezahlen?

Wie erhalten wir also Grundlagen des Sozialstaates?

Die PDS ringt seit reichlich 5 Jahren intensiv an einem neuen Programm. Und es ist klar, dass bei einer sozialistischen Partei die soziale Frage dabei immer im Mittelpunkt steht. Die große Mehrheit der Mitgliedschaft spricht sich dafür aus, in Chemnitz ein neues Parteiprogramm zu verabschieden. Die

PDS muss wieder als Partei, die im Alltag spürbar ist, auftreten. Dafür brauchen wir auch ein Programm. Das zeigt was wir wollen nach außen, das uns nach innen sicherer macht und dass es auch in den Diskussionen untereinander eine gewisse Orientierung gibt.

Ein neues Programm ist eine selbstbewusste Grundlage für unsere strategischen Entscheidungen, für Wahlprogramme und für die alltäglichen politischen Argumentationen. Und das brauchen wir dringend. Denn manche Debatte und manche Schwäche von uns, ist auch durch Unsicherheiten charakterisiert, weil viele Meinungen unter der scheinbaren gleichen Thematik zusammengefasst werden und sich teilweise sogar ausschließen. Und das geht nicht gut.

Wir brauchen ein Programm, was viele zum Mitdenken anregt und vor allem zum Handeln einlädt.

Wir müssen die Türen weit offen halten auch für die nächsten Generationen für junge Leute. Und ich glaube das macht dieser Entwurf. Er hält sie offen die Tore.

Der demokratische Sozialismus bleibt für die PDS eine moderne Idee und ist uns eine Orientierung auf eine gerechtere Gesellschaft. Ich zitiere einmal, und ich sage das öfter, weil ja gelegentlich auch solche merkwürdigen Gesprächsgeräusche und Debattiergeräusche kommen, als wäre der Sozialismus in diesem Entwurf aufgegeben worden. Also ich weiß nicht, über welchen Entwurf da geredet wird. Ich sage das einmal so.

Aber ich zitiere mal:“ Sozialismus entsteht in unserem Verständnis nicht in der Folge eines abstrakten Geschichtsplanes sondern er geht von den wirklichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen aus. Sozialismus entsteht in demokratischen Kämpfen, die geführt werden, um die strukturellen Bedingungen für Unfreiheit, Ungleichheit und Ausbeutung sowie jene Macht- und Eigentumsverhältnisse, auf denen diese beruhen, zurückzudrängen und zu überwinden.“ So steht es im Entwurf.

Mit dem neunten Parteiprogramm will sich die PDS in eine dringend notwendige öffentliche Zukunftsdebatte in Deutschland einbringen. Diese Debatte ist längst überfällig. Wir sind mit verantwortlich für ein aufklärendes Klima und für eine politische Öffentlichkeit, in dem alternative Entwicklungswege von vielen und auch hörbar diskutiert werden. Nur theoretisch, liebe Genossinnen und Genossen, entsteht ein großer Platz links von der Sozialdemokratie. Praktisch müssen wir uns diesen Platz erst erkämpfen. Es wird ja immer gesagt, da entsteht sehr viel Platz. Das ist ja wohl wahr und dann gibt es auch Vorschläge aus Saarbrücken oder so. Ja, ich meine Oskar Lafontaine, das muss man mal lesen, das ist ein kluger Artikel. Nur der überschätzt die Klugheit der deutschen Nachrichtengebung. Da ist da wieder so ein Satz drin. Das ist auf eine Formel beschränkt, die er ironisch meint, die Vereinigung wie er schon 1990 gesagt hätte, zwischen Ost-SPD und PDS, aber das ist sehr ironisch bei ihm gemeint. Er lobt übrigens auch eines, wo ich sage ja da ist eine Gemeinsamkeit, dass wir in der Wirtschaftspolitik nicht einknicken gegen den neoliberalen Zeitgeist sondern dass wir eindeutig sind in dieser Frage und sagen das ist eine falsche Logik der gesellschaftlichen und der wirtschaftlichen Entwicklung, Lafontaine stimmt in der Frage mit dem Irakkrieg und generell über unsere Haltung gegenüber der unmöglichen Situation mit militärischen Mittel soziale und politische Konflikte zu lösen. Da stimmen wir völlig überein. Und wir sind in anderen Punkten uns sehr nah. Die Vereinigung ist nur ein Problem. Wenn es die SPD von Lafontaine wäre, dann würde ich ja noch mal nachdenken, aber ich glaube wir sind eine andere

Lassen wir uns das also nicht all zu sehr zu Herzen gehen. Es ist ein Vorschlag, er ist vielleicht ironisch gemeint, er zeigt aber auch, liebe Genossinnen und Genossen, es gibt Platz neben der SPD. Es gibt Platz links neben der SPD. Aber keine einzelne Stimme, kein einzelnes Mitglied wird uns zufallen, wenn wir nicht kämpfen und wenn wir nicht selber mit einem klaren politischen Profil auftreten, dass die Menschen erkennen, dass sind diejenigen, denen wir uns Vertrauen geben können. Und das macht die Schwierigkeit aus. Es fällt uns nichts im Selbstlauf zu.

In der Programmdebatte, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir uns auf einige Schwerpunkte geeinigt.

1. Eine der programmatischen Ausgangsfragen ist, was brauchen Menschen für ein selbst bestimmtes Leben? Und welche gesellschaftlichen Bedingungen müssen dementsprechend geschaffen und erkämpft werden?

Das führt zu einer tragfähigen Auffassung des Verhältnisses von sozialer Gerechtigkeit auf Chancengleichheit und Freiheit, wie es im Entwurf charakterisiert wird.

2. Wir verfallen nicht sofort dem neoliberalen Zeitgeist, wenn wir unternehmerisches Handeln und Gewinninteressen im Programm ansprechen.

Liebe Genossinnen und Genossen, viele kleine Unternehmen, auch selbständige, die sich selbst unternehmen, die soll es ja auch in Thüringen geben, die müssen wir doch nicht so zu sagen links neben der Geschichte liegen lassen.

Wenn dort ein Satz so steht, dann ist das ein Satz aus dem gesamten Programm, und ich glaube, der gehört dahin. Da muss man nicht gleich so tun, dass die PDS vor dem Kapital in die Knie geht. Das ist eine vollkommen überzogene Interpretation. Wir müssen zumindest jenes Maß an unternehmerische Initiative geben, was es in der DDR gegeben hat, das war ja nicht viel. Das war zu wenig. Aber ich sage, gleich immer das ganze Programm damit abzuqualifizieren, das ist genau falsch. Man muss das Programm als Ganzes nehmen sonst kann man sich aus jedem Zusammenhang beliebig etwas herausgreifen und dann das Programm damit disqualifizieren. Das gilt auch für die Eigentumsfrage, und das gilt auch für die deutlich antikapitalistische Gesamttendenz des Programmes. Und ich sage in diesem Zusammenhang auch eines, liebe Genossinnen und Genossen, hunderte, tausende Hinweise haben immer gesagt, liebe Leute vom Parteivorstand, Programmkommission, macht etwas, was Menschen lesen können als Programm. Und nun haben wir es auch noch von Leuten, die etwas von Sprache verstehen und damit umgehen können, fertig stellen lassen und nun zerreisst uns bitte nicht das Gesamtkunstwerk, dass es wieder unlesbar wird. Unlesbare Papiere haben wir wahrlich genug, liebe Genossinnen und Genossen. Ich wäre froh, wenn es uns gelingen könnte, dass dieses Programm in einer angemessenen Sprache auch für Leute, die theoretisch und politisch interessiert sind, lesbar bleibt.

Die programmatische Ausgangsfrage, was jeder braucht und jeder einzelne für ein selbst bestimmtes Leben braucht, verlangt einen kritischen und differenzierten Umgang mit der Geschichte des sozialistischen Versuchs. Und ich sage, was dort zur DDR steht, glaube ich, ist das Ergebnis unserer Debatten. Manche sagen, es ist ihnen zu kritisch, da sage ich nur, Genossinnen und Genossen, das war teilweise noch kritischer beim Gründungsparteitag der PDS. Wer sich daran erinnert, das war eine deutliche Kritik der DDR mit dem, was nicht wieder sein darf. Das war Repression, wirtschaftliche Ineffizienz, Selbstermächtigung des Politbüros usw. vorhanden war. Das muss sein, das ist für mich auch die Voraussetzung dafür, um ganz ehrlich dem entgegen treten zu können, die in der DDR nur das Reich des Bösen sehen und keinen heilen Fetzen an der DDR mehr lassen. Eine differenzierte Auseinandersetzung mit der DDR, ist das, was wir immer gefordert haben und das steht in diesem Programmentwurf. Und das finde ich so merkwürdig, dass sich alle bedroht fühlen, dass nun Ostalgieshows kommen. Die Sprache, die kenne ich, Also, da amüsiert sich das Volk über die DDR. Das darf doch nicht wahr sein. Da müssen wir doch gleich einen Grenzsoldaten daneben stellen oder so. Oder da gibt es irgendwelche merkwürdigen Amusements. Die Leute erinnern sich gerne an solche Sachen. Das darf doch nicht wahr sein, da war doch Mauer und Stacheldraht usw. usf. Immer wird sozusagen, dass ganz Negative gleich daneben gestellt. D. h., sie sollen sich nicht an DDR so erinnern wie sie es gerne möchten und da sage ich, ich bin kein Freund dieser Shows. Die beleidigen uns noch einmal doppelt. Aber das ist eine ganz andere Frage.

Nur gehöre ich auch nicht zu denen, die die Vergnügungen des Volkes jetzt durch die Kommission für Agitation und Propaganda der CDU erneut gängeln möchte. Das darf auch nicht sein.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in der Gesellschaftsanalyse der gegenwärtigen Welt sind im Programmwurf deutlich die weltweiten selbst zerstörerischen Folgen und Gefahren beschrieben, die mit einem zügellosen Profitstreben einhergeht. Zugleich wird aber auch innerhalb der widersprüchlichen Entwicklung nach jenen Potentialen gefragt, die die Linke bewusst entdecken müssen, um realistische Reformalternativen zu entwickeln. Das ist entscheidend für die Entwicklung unserer Politikfähigkeit. Und auch für die Frage, was fängt man denn an, wenn im nächsten Jahr Thüringen ein fantastisches Wahlergebnis zur Landtagswahl einfahren sollte? Ich will nicht, dass ihr darauf erschrocken seit sondern auch mit einer zügigen Reformpolitik hier beginnt. Wir werden uns für eine Programmatik entscheiden, die eine demokratische und eine zukunftsfähige sozialistische Politik entwirft, die für Mitglieder und für die Öffentlichkeit attraktiv ist.

Mit der Programmdebatte hatten und haben wir die Möglichkeit, unsere Kultur der Debatten neu zu gestalten. Und das ist etwas, was mir am Herzen liegt. Um konsequent und spannend an den Inhalten des Leitantrages zu arbeiten haben wir uns im Vorstand entschieden, dem Parteitag eine thematisch strukturierte Debatte vorzuschlagen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir diskutieren jetzt über den Text des Leitantrages, nicht über die Interpretationen zum Text über die Vermutungen, was der Text enthalten könnte oder die Zuschriften möglicherweise meinen könnte, wenn in der Süddeutschen Zeitung auf Seite 25 spekuliert wird, was der Genosse X zur Überschrift Y gesagt hat. Darüber diskutieren wir bitte nicht. Es wäre gut, sich mit dem Text zu befassen, denn den nehmen wir an und nicht die Interpretation und nicht die vielen Meinungen über einen Text, den es nicht gibt.

Liebe Genossinnen und Genossen,
wir haben es nicht nötig, dass, was die Medien uns oft vorleben, mitzumachen. Wir brauchen eine kompetente und wir brauchen eine offene Debatte zum Programm auf dem Parteitag. Und da darf nichts unterdrückt werden und da soll auch gar nichts unterdrückt werden. Wir diskutieren den politischen Ansatz demokratischer Sozialisten, aber wir diskutieren keine Tendenzprogramme der SPD oder der DKP. Das will ich ausdrücklich gesagt haben. Das Programm, liebe Genossinnen und Genossen, ist kein Warenhauskatalog diverser Positionen, die sich als links bezeichnen. Es ist das, was in einer Mehrheitsauffassung programmatisch nach einer langen Debatte in der PDS beschlussfähig ist. Wir achten Meinungen von Minderheiten. Keiner beantwortet in einer pluralistischen Partei andere Auffassungen mit Ausgrenzung. Keiner!

Politikbestimmend ist aber, und das gehört auch zu einem ergebnisorientierten Pluralismus, für uns die Grundströmung, die Mehrheit. Und wer Demokratie will in einer Partei, der muss mit Mehrheitsentscheidungen leben. Anderes geht es nicht. Jedenfalls nicht demokratisch.

Wir wollen mit dem Programmparteitag nicht die Streitlust der Linken beenden sondern sie als produktive Erfahrung beibehalten. Und wird werden noch so viele programmatische Debatten miteinander erleben, da habe ich gar keine Bange davor. Doch nach mehr als 5 Jahren Programmdebatte halte ich es nicht für eine gute Idee eine Urabstimmung durchzuführen. Allein 500 Zuschriften haben nach der Veröffentlichung im Februar dieses Jahres die Redaktionsgruppe der Programmkommission erreicht. Hunderte, wahrscheinlich weit über tausend Diskussionsveranstaltungen in Basisgruppen, in Kreisorganisationen, auf Kolloquien und Basiskonferenzen haben stattgefunden. Die Sitzungen und Stunden der Programmkommission zähle ich nicht. Wir können durchaus davon ausgehen, dass wir reichlich und ausgewogen diskutiert haben. Es gibt keinen Grund, wieder von vorn anzufangen. Außerdem müssen wir uns gelegentlich auch selber ernst nehmen. Vor Jahren habe ich öffentlich einmal den Vorschlag öffentlich gemacht, eine –

ich erinnere mich, das habe ich ja mal aufgeschrieben, was da im Laufe der Debatte so alles war, Urabstimmung durchzuführen. Andere haben das unterstützt. Einige wenige sage ich mal. Damals gab es den Verdacht, irgendwelche Meinungen sollten in der Programmdebatte verschwiegen werden. Da haben wir vorgeschlagen, dann lasst uns doch 2 alternative Entwürfe der Basis zur Entscheidung vorlegen. Das war damals ein Verfahrensvorschlag. Der wurde abgelehnt. Mehrere Parteitage haben dann den anderen Weg der Programmdebatte beschlossen. Und jetzt wollen wir allen Ernstes sagen, wir sollten doch das andere Verfahren, das damals abgelehnt wurde, wählen. Das war alles nur ein Spaß, gehen wir zurück in unsere Ausgangspositionen. Ich glaube das geht nicht. Damit machen wir die Entscheidung unserer Parteitage lächerlich, auch wenn niemand das beabsichtigt. Es entscheidet immer der Souverän – das ist der Parteitag.

Mit der Arbeit in den Kommunen durch die europäische Dimension unserer politischen Praxis und durch die intensiven Auseinandersetzungen mit der Arbeit in den Koalitionen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern begeben wir uns als Partei in Lernprozesse, in denen wir uns mit unserer anspruchsvollen Programmatik zugleich ernst nehmen. Wir gehören 2006 in den Deutschen Bundestag. Wir werden einen anspruchsvollen Wahlkampf in den Ländern und für den Einzug ins Europäische Parlament führen. Wir werden mit einer wirklichkeitstauglichen Verbindung von Programmatik und Politik unsere Chance zurück erobern, in der Öffentlichkeit die PDS wieder kenntlicher zu machen. Und ich komme zum Ausgangspunkt zurück. Etwas mehr Selbstvertrauen. Ich sage etwas mehr. Etwas mehr Selbstvertrauen sollten wir schon haben, denn wir vertreten als Sozialistinnen und Sozialisten eine gute Politik und Vertrauen in diesen Politikansatz müssen wir auch vermitteln können. Und etwas weniger Kämpfe gegen die Andersdenkenden in der eigenen Partei. Etwas weniger wäre angebracht, damit wir unsere Energie in den Auseinandersetzungen auf die wirklichen politischen Gegner richten können. Ich denke, wir sind gut beraten, unsere Kräfte zu bündeln, damit wir eindeutig sozialistische Politik als sozialistische Partei gegen den neoliberalen Zeitgeist in der Bundesrepublik Deutschland richten und wieder einflussreicher werden.